

Wolfgang
Streeck
Gekaufte
Die vertagte Zeit
Krise des
demokratischen
Kapitalismus

Suhrkamp

Wolfgang Streeck

Gekaufte Zeit

Die vertagte Krise
des demokratischen Kapitalismus

*Frankfurter
Adorno-Vorlesungen 2012*

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2013

© Suhrkamp Verlag Berlin 2013

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung durch Rund-
funk und Fernsehen, auch einzelner Teile. Kein Teil des Wer-
kes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm
oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des
Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-58592-4

Inhalt

Einleitung:	
Krisentheorie – damals, heute	7
I. Von der Legitimationskrise zur Fiskalkrise	23
Eine Krise neuen Typs	29
Zwei Überraschungen für die Krisentheorie	34
Die andere Legitimationskrise und das Ende des Nachkriegsfriedens	46
Die lange Wende: Vom Nachkriegskapitalismus zum Neoliberalismus	54
Gekaufte Zeit	60
II. Neoliberale Reform:	
Vom Steuerstaat zum Schuldenstaat	79
Finanzkrise durch Demokratieversagen?	79
Kapitalismus und Demokratie in der neoliberalen Revolution	84
Exkurs: Kapitalismus und Demokratie	90
Das Monster aushungern!	97
Die Krise des Steuerstaates	106
Vom Steuerstaat zum Schuldenstaat	109
Schuldenstaat und Verteilung	113
Die Politik des Schuldenstaates	117
Schuldenpolitik als internationale Finanz- diplomatie	132
III. Die Politik des Konsolidierungsstaates:	
Neoliberalismus in Europa	141
Integration und Liberalisierung	141
Die Europäische Union als Liberalisierungs- maschine	148

Institutioneller Wandel: Von Keynes zu Hayek	157
Der Konsolidierungsstaat als europäisches Mehrebenenregime	159
Fiskalische Konsolidierung als Staatsumbau	164
Wachstum: Back to the Future	177
Exkurs: Regionale Wachstumsprogramme.	187
Zur Strategiefähigkeit des europäischen Konsolidierungsstaates	203
Widerstand im internationalen Konsolidierungs- staat	215
Schluss: Was als Nächstes?	225
Was nun?	225
Kapitalismus oder Demokratie	235
Der Euro als frivoles Experiment.	237
Demokratie im Euroland?	240
Lob der Abwertung	246
Für ein europäisches Bretton Woods	250
Zeit gewinnen.	254
Literaturverzeichnis	257

Einleitung

Krisentheorie – damals, heute

Dieses Buch ist die erweiterte Fassung meiner im Juni 2012 gehaltenen Adorno-Vorlesungen, fast genau 40 Jahre nach meinem Frankfurter Soziologie-Diplom.¹ Ich kann nicht sagen, dass ich ein »Schüler« Adornos gewesen sei. Ich habe einige seiner Vorlesungen und Seminare besucht, aber nicht viel verstanden; das war damals so und man hat das hingenommen. Erst später ist mir bei eher zufälligen Gelegenheiten klar geworden, wie viel ich dadurch versäumt habe. So ist meine wichtigste Erinnerung an Adorno die tiefe Ernsthaftigkeit geblieben, mit der er seine Arbeit tat – in denkbar starkem Kontrast zu der inneren Gleichgültigkeit, mit der Sozialwissenschaft heute, nach Jahrzehnten ihrer Professionalisierung, nur allzu oft betrieben wird.

Niemand wird mich, glücklicherweise, für berufen halten, das Werk Adornos zu würdigen. Ich habe auch darauf verzichtet, im Einzelnen nach Verbindungen zwischen dem zu suchen, was ich zu sagen habe, und dem, was Adorno hinterlassen hat;

¹ Ich danke dem Institut für Sozialforschung und seinem Direktor Axel Honneth sowie dem Suhrkamp Verlag für die Einladung und die Gelegenheit, meine Ideen zum Thema zu sortieren und auszuformulieren. Sidonia Blättler vom Institut hat meinen Aufenthalt und meine Vorträge in Frankfurt zuverlässig organisiert und begleitet; Eva Gilmer hat das Manuskript kenntnisreich und kunstfertig lektoriert. Bei der Zusammenstellung des Materials und der Daten für die Vor- und Nachbereitung meiner Vorlesungen haben meine Studenten und Hilfskräfte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in vielfacher Weise geholfen, darunter Annina Assmann, Lea Elsässer, Lukas Haffert, Daniel Mertens und Philip Mehrrens. Lea Elsässer hat sich besonders um die zahlreichen Diagramme verdient gemacht, die meine Thesen illustrieren. Ohne meine Kollegen am Kölner Institut – Jens Beckert, Renate Mayntz, Fritz Scharpf, Martin Höpner, Ariane Leendertz, Armin Schäfer und andere – wäre mir zum Thema nicht einmal halb so viel eingefallen. Natürlich bin ich, wenn ich etwas nicht richtig verstanden haben sollte, nur selber schuld.

das würde gezwungen erscheinen und wäre anmaßend. Wenn es Gemeinsamkeiten gibt, dann sind sie sehr allgemeiner Art. Zu ihnen gehört, dass ich es intuitiv ablehne zu glauben, dass Krisen immer gut ausgehen müssen – eine Intuition, die ich auch bei Adorno zu finden glaube. Das, was ich als funktionalistisches Sicherheitsgefühl bezeichnen möchte, beispielhaft zu besichtigen bei Talcott Parsons, ging ihm ab; dafür, dass alles irgendwann wieder von selber in ein gutes Gleichgewicht kommen würde, gab es bei Adorno keinerlei Garantie. Zu einem Hölderlinschen Grundvertrauen – »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch« – konnte er sich nicht durchringen. Dies geht mir ähnlich, weshalb auch immer. Mir erscheinen soziale Ordnungen als normalerweise fragil und prekär, und unangenehme Überraschungen als jederzeit möglich. Ich halte es auch für falsch, von jemandem, der ein Problem als solches beschreibt, zu fordern, dass er zusammen mit dessen Analyse gleich eine Lösung liefert² – und beuge mich auch in diesem Buch einem solchen Diktat nicht, selbst wenn ich am Schluss zu einem Teilaspekt der Krise dann doch einen, allerdings nicht sehr realistischen Vorschlag mache, was zu tun wäre. Probleme können so beschaffen sein, dass es für sie keine Lösung gibt oder jedenfalls keine hier und jetzt realisierbare. Wenn man mich vorwurfsvoll fragen würde, wo denn da »das Positive« bleibe, dann wäre das am Ende doch noch eine Gelegenheit,

2 Wie es Ökonomen von Ökonomen verlangen – und das Fehlen einer Therapie als Argument für die Unzulänglichkeit der Diagnose zulassen. Siehe den im Sommer 2012 in den deutschen Zeitungen ausgetragenen sogenannten »Ökonomenstreit« über die Eurokrise. Einer der Unterzeichner eines »euroskeptischen« Briefs an die »lieben Mitbürger«, der ein paar Tage später, in Reaktion auf allfällige öffentliche Empörung, gleich auch einen Gegenaufruf unterzeichnet hatte, begründete dies in einem Artikel in einer englischen Tageszeitung so: »I believe economists have a duty to come up with constructive suggestions. If you're a professional firefighter, merely shouting at the flames isn't good enough«, in *The Guardian Online* vom 15. Juli 2012, (<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/jul/15/europe-economists-letters-national-autonomy>), letzter Zugriff am 26. November 2012. Es gibt aber Brände, die man nicht oder noch nicht löschen kann.

bei der ich mich auf Adorno berufen könnte, dessen Antwort, natürlich viel besser formuliert, zweifellos gewesen wäre: Was, wenn es gar nichts Positives gäbe?

Mein Buch behandelt die Finanz- und Fiskalkrise des demokratischen Kapitalismus der Gegenwart im Lichte der Frankfurter Krisentheorien der späten 1960er und frühen 1970er Jahre, also der Zeit um Adorno herum und, natürlich, meines Frankfurter Studiums. Die Theorien, an die ich anschließe, waren Versuche, die damals beginnenden Umbrüche in der politischen Ökonomie der Nachkriegszeit als Momente eines historischen Prozesses gesamtgesellschaftlicher Entwicklung zu verstehen, wobei sie sich mehr oder weniger eklektisch aus der marxistischen Theorietradition bedienten. Die dabei entwickelten Deutungen waren alles andere als einheitlich, waren oft nur skizzenhaft ausformuliert und änderten sich, wie nicht anders zu erwarten, mit dem Lauf der Ereignisse, oft von den Autoren unbemerkt. Auch findet, wer auf sie zurückblickt, immer wieder ein beharrliches Insistieren auf geringfügigen Differenzen innerhalb der Theoriefamilie, die heute irgendwie irrelevant erscheinen oder gar völlig unverständlich. Schon deshalb kann es im Folgenden nicht darum gehen, wer damals mehr oder weniger recht gehabt hat.

Auch an den Theorieversuchen der Frankfurter Jahre erweist sich, wie unvermeidlich zeitgebunden sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sind. Trotzdem und gerade deshalb bietet es sich an, bei der Befassung mit den gegenwärtigen Ereignissen an die Krisentheorien des »Spätkapitalismus« der 1970er Jahre anzuknüpfen, und zwar nicht nur, weil man heute wieder weiß und sagen kann, was jahrzehntelang vergessen oder für irrelevant gehalten wurde: dass die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der reichen Demokratien immer noch eine kapitalistische und deshalb, wenn überhaupt, nur mit Hilfe einer Theorie des Kapitalismus zu verstehen ist. Im Rückblick lässt sich auch erkennen, was man damals nicht erkennen *konnte*, weil es *noch selbstverständlich war* oder *schon selbstverständlich geworden war*, oder nicht erkennen *wollte*, weil es politischen Projek-

ten im Wege stand. Dass man ungeachtet aller Anstrengungen des theoretischen Verstandes Wichtiges nicht gesehen und Kommendes nicht kommen gesehen hat, kann im Übrigen zur Erinnerung daran dienen, dass Gesellschaft vor einer offenen Zukunft stattfindet und Geschichte nicht vorhersagbar ist – ein Umstand, den sich die modernen Sozialwissenschaften noch immer nicht völlig klargemacht haben.³ Andererseits ist, allen Veränderungen zum Trotz, in der Gegenwart manches wiederzuerkennen, was in der Vergangenheit erkannt war, dann aber vergessen wurde. So wenig Verlass auf eine statische Betrachtung der Welt ist, so identisch mit sich selber kann eine soziale Formation auch über Jahrzehnte hinweg erscheinen, wenn man sie als Entwicklungsprozess auffasst, der sich ändernde Strukturen über die Zeit zusammenhält und dessen Logik man rückblickend verstehen kann, auch wenn sie sich für Vorhersagen nicht hergibt.

Meine Analysen der Finanz- und Fiskalkrise des gegenwärtigen Kapitalismus behandeln diese in der Kontinuität und als Moment einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, deren Beginn ich auf das Ende der 1960er Jahre datiere und die ich von heute aus gesehen als Prozess der Auflösung des Regimes des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegszeit beschreibe.⁴ Mein Beitrag zu dessen Verständnis schließt, wie gesagt, an einen Theorieversuch an, der das, was sich damals abzuzeichnen begann, unter Rückgriff auf ältere, vor allem marxistische Theorietraditionen zu deuten unternahm. Zu diesen gehörten bestimmte aus dem später von Adorno geleiteten Institut für Sozialforschung hervorgegangene For-

3 Insofern als diese sich immer noch als nomothetische Wissenschaften verstehen und nach außen präsentieren. Der Frankfurter Soziologie kann man dies allerdings nicht zum Vorwurf machen.

4 Wo man den Anfang eines Prozesses ansetzt, ist unvermeidlich mehr oder weniger willkürlich, weil Geschichte immer zusammenhängt und alles immer eine Vorgeschichte hat. Dennoch gibt es Einschnitte und formative Momente. Dass die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts das Ende einer Ära und den Anfang einer anderen markierten, ist mittlerweile ein Gemeinplatz, den ich keine Veranlassung habe zu bezweifeln.

schungen, an denen Adorno allerdings nicht direkt beteiligt war. Charakteristisch für die Krisentheorie der »Frankfurter Schule« war eine heuristische Vermutung eines prinzipiellen Spannungsverhältnisses zwischen dem sozialen Leben einerseits und einer von Imperativen der Kapitalverwertung und Kapitalvermehrung beherrschten Ökonomie andererseits – eines Spannungsverhältnisses, das in der Nachkriegsformation des demokratischen Kapitalismus auf vielfältige und sich historisch weiter entfaltende Weise durch staatliche Politik vermittelt war. Soziale Institutionen, vor allem solche politisch-ökonomischer Art, erschienen so als stets umstrittene, immer nur zeitweilige Kompromisse zwischen grundsätzlich inkompatiblen Handlungsorientierungen und soziale Systeme als in sich widersprüchlich, fundamental instabil und nur vorübergehend, wenn überhaupt jemals, im Gleichgewicht befindlich. Die Wirtschaft der Gesellschaft schließlich wurde, in der Tradition der politischen Ökonomie, als soziales, also nicht bloß technisches oder naturgesetzlich gesteuertes Handlungssystem aufgefasst, das aus machtbewehrten Interaktionen zwischen mit unterschiedlichen Interessen und Ressourcen ausgestatteten Parteien bestand.

Indem ich an Theorien der 1970er Jahre anschließe und den Versuch unternehme, diese im Licht von vier Jahrzehnten nachfolgender kapitalistischer Entwicklung zu aktualisieren, behandle ich die gegenwärtige Krise des demokratischen Kapitalismus in dynamischer Perspektive, eingebettet in eine Entwicklungssequenz (Streeck 2010). Dass dies der gebotene Weg ist, Makrosoziologie oder politische Ökonomie zu betreiben, glaube ich als Soziologe und Politikwissenschaftler aus zahlreichen Untersuchungen unterschiedlicher sozialer Felder über die Jahre gelernt zu haben.⁵ Sozialwissenschaftlich aufschlussreich sind für mich nicht Zustände, sondern Verläufe – oder Zustände nur im Zusammenhang von Verläufen. Theorien, die

⁵ Siehe meine Studie über die Liberalisierung der deutschen politischen Ökonomie seit den 1970er Jahren (Streeck 2009b). Zur Analyse des Kapitalismus als Entwicklungsprozess siehe Streeck (2011c).

Strukturen oder Ereignisse als freistehende Unikate in einem feststehenden Eigenschafts- und Möglichkeitsraum behandeln, können fundamental in die Irre führen. Alles Soziale spielt sich in der Zeit ab, entfaltet sich mit der Zeit und wird in und mit ihr sich selber ähnlicher. Was wir heute sehen, können wir nur verstehen, wenn wir wissen, wie es gestern ausgesehen hat und auf welchem Weg es sich befindet. Alles, was vorfindlich ist, ist immer auf einem Entwicklungspfad unterwegs. Auf diesen kommt es, wie sich zeigen wird, entscheidend an; deshalb unter anderem die vielen Verlaufsdiagramme und stilisierten Narrationen in den drei Hauptteilen dieses Buches.

Nicht allein, dass alles Zeit braucht, ist wichtig, sondern auch, *wann* in der Zeit es stattfindet und *wo*. Raum, der durch Nähe konstituierte soziale Kontext, ist nicht weniger grundlegend für Gesellschaft als Zeit, und es ist nicht nur chronologische Zeit, die zählt,⁶ sondern auch diachronische, also historische. Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse werden erst dann wirklich zu solchen, wenn man sie mit einem Zeit- und Rauminde-
x versehen hat. Die Krise, von der hier die Rede sein wird, ist eine des Kapitalismus im Kontext der reichen Demokratien der westlichen Welt, so wie er sich nach den Erfahrungen der *Great Depression*, der Neugründung von Kapitalismus und liberaler Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Zerschlagen der Nachkriegsordnung in den 1970er Jahren, den »Ölkrisen« und der Inflation usw. herausgebildet hat. Auch für andere Gesellschaften, gegenwärtige und zukünftige, hat sie Bedeutungen und Folgen – aber welche das sein werden, wird durch historisch konkretes, praktisches Handeln entschieden und durch empirische Forschung zu klären sein. Was wir über Krisen im Allgemeinen wissen – politische wie wirtschaftliche –, kann weiterhelfen; aber von mindestens derselben Bedeutung ist das Besondere, noch nie Dagewesene *dieser* Krise, das ihren spezifischen Charakter ausmacht und interpretativ aus ihrem zeitlichen und räumlichen Kontext erschlossen werden muss.

6 Wie im Konzept der Pfadabhängigkeit (Pierson 2000; 2004).

Wie zu sehen sein wird, erweist sich die Einbeziehung der Zeit in die Betrachtung der gegenwärtigen Finanz- und Fiskalkrise in mehrerlei Hinsicht als aufschlussreich. Vor allem relativiert sich im historischen Kontext die Bedeutung zahlreicher in sozialwissenschaftlichen Querschnittsuntersuchungen beobachteter Unterschiede zwischen den nationalstaatlich verfassten Gesellschaften des demokratischen Kapitalismus, wie sie von der »Varieties-of-Capitalism«-Literatur (Hall und Soskice 2001) zu kategorischen Merkmalen verschiedener Kapitalismus-»Modelle« stilisiert worden sind.⁷ Behandelt man die Krise als Zwischenstadium in einer langgezogenen Entwicklungssequenz, so zeigt sich, dass die Parallelen und Wechselwirkungen zwischen den kapitalistischen Ländern die institutionellen und wirtschaftlichen Unterschiede bei weitem überwiegen. Die zugrunde liegende Dynamik ist, mit örtlichen Modifikationen, dieselbe, selbst für Länder, die als so voneinander verschieden gelten wie beispielsweise Schweden und die USA. Besonders deutlich bei einer Betrachtung über die Zeit hinweg wird die Führungsrolle des größten und kapitalistischsten aller kapitalistischen Länder, der Vereinigten Staaten. Alle Entwicklungen, die die Richtung vorgegeben haben, in welche sich der Geleitzug der kapitalistischen Demokratien bewegt hat, sind von dort ausgegangen: die Beendigung des Bretton-Woods-Systems und der Inflation, die Entstehung von Haushaltsdefiziten durch Steuerwiderstand und Steuersenkungen, die zunehmende Schuldenfinanzierung der Staatstätigkeit, die Konsolidierungswelle der 1990er Jahre, die Deregulierung der privaten Finanzmärkte als Teil einer Politik der Privatisierung von Staatsaufgaben und, natürlich, die Finanz- und Fiskalkrise von 2008.

Auch die kausalen Zusammenhänge und Mechanismen, die den Soziologen interessieren, realisieren sich nur in der Zeit und, wenn es um Anpassung und Wandel sozialer Institutionen oder ganzer Gesellschaften geht, nur über längere Zeit

⁷ Zur Kritik des »Varieties-of-Capitalism«-Ansatzes siehe Streeck (2009b; 2011b).

hinweg. Wir neigen dazu, zu unterschätzen, wie lange gesellschaftliche Ursachen brauchen, um gesellschaftliche Wirkungen hervorzubringen. Wenn man zu früh fragt, ob eine Theorie über Wandel oder Ende einer gesellschaftlichen Formation zutrifft oder nicht, läuft man Gefahr, sie widerlegt zu finden, bevor sie sich hätte beweisen können. Ein gutes Beispiel ist die Globalisierungsliteratur in der vergleichenden Politikwissenschaft der 1980er und 1990er Jahre, die, gestützt auf damalige empirische Beobachtungen, zu dem Schluss kam, dass mit abträglichen Auswirkungen der Entgrenzung der nationalen Volkswirtschaften auf den Sozialstaat nicht zu rechnen sei. Heute wissen wir, dass die Dinge nur länger gedauert haben – und dass es falsch war vorauszusetzen, dass ein so fest etabliertes und träges Gebilde wie der europäische Wohlfahrtsstaat schon nach wenigen Jahren wirtschaftlicher Internationalisierung würde verschwinden oder zu etwas kategorisch anderem werden können. Institutioneller Wandel findet oft und vermutlich meistens als gradueller Wandel statt (Streck und Thelen 2005), den man sehr lange als marginal abtun kann, auch wenn das Marginale längst dadurch zum Kern der Sache geworden ist, dass es deren Entwicklungsdynamik bestimmt.⁸

Neben der langen Dauer und inkrementellen Natur sozialen und institutionellen Wandels – aber wie lange ist lange? – stoßen gesellschaftliche Entwicklungen immer wieder auf *entge-*

8 Siehe die Literatur über den Wandel des »deutschen Modells« der Arbeitsbeziehungen. Erste Bruchstellen im System der überbetrieblichen Lohnfindung konnten noch in den 1980er Jahren als flexible Anpassung an veränderte Bedingungen mit dem Ziel und Ergebnis der Systemerhaltung interpretiert werden. Als dann der Auflösungsprozess voranschritt, begann sich die Deutung durchzusetzen, dass er lediglich auf eine »Dualisierung« des Systems hinauslaufe, wobei das alte Regime dasselbe blieb, auch wenn es seinen universellen Charakter verlor (Palier und Thelen 2010). Je weiter sich jedoch bei gleichbleibender Entwicklungsrichtung der Rand des Systems in dessen Kern vorfrisst, egal wie langsam und schrittweise, desto unvermeidlicher muss an irgendeinem Punkt auch diese Deutung aufgegeben und der Prozess als das beschrieben werden, was er dann erkennbar von Anfang an war: ein Prozess der Liberalisierung eines bis dahin von Politik statt von Marktkräften gesteuerten gesellschaftlichen Bereichs (Hassel 1999; Streck 2009b).

genwirkende Ursachen, von denen sie verlangsamt, abgelenkt, modifiziert oder aufgehalten werden.⁹ Gesellschaften beobachten die Tendenzen, die in ihnen am Werk sind, und reagieren auf sie. Dabei zeigen sie einen Erfindungsreichtum, der über die Fantasie von Sozialwissenschaftlern weit hinausreicht, auch von solchen, die die unterliegenden und gesellschaftlich umstrittenen Tendenzen richtig erkannt haben. Die Krise des Spätkapitalismus in den 1970er Jahren musste auch denen auffallen, die kein Interesse daran hatten, dass der Spätkapitalismus zugrunde ging oder sich selbst zugrunde richtete. Auch sie spürten die Spannungen, die von der Krisentheorie mehr oder weniger zutreffend diagnostiziert worden waren, und reagierten auf sie. Von heute aus gesehen erscheinen diese Reaktionen als ein mittelfristig – aber immerhin über vier Jahrzehnte – erfolgreiches *Kaufen von Zeit mit Hilfe von Geld*. »Zeit kaufen« ist die wörtliche Übersetzung einer englischen Wendung: *buying time* – was so viel heißt wie ein bevorstehendes Ereignis hinauszögern, um versuchen zu können, es noch zu verhindern. Dazu muss nicht notwendig Geld eingesetzt werden. Im vorliegenden Fall freilich wurde es, und zwar im großen Maßstab: durch Nutzung des Geldes – der mysteriösesten Institution der kapitalistischen Moderne – zur Entschärfung potenziell destabilisierender sozialer Konflikte, zunächst mittels Inflation, dann durch Staatsverschuldung, dann durch Expansion der privaten Kreditmärkte und schließlich – heute – durch Ankauf von Staats- und Bankschulden durch die Zentralbanken. Wie

9 Das Konzept der »entgegenwirkenden Ursache« ist zentral für das Marxsche Theorem eines tendenziellen Falls der Profitrate (Marx 1966 [1894], 242 ff.). Das »Gesetz« ist deshalb nicht deterministisch, weil es die Möglichkeit vorsieht, dass die – als tatsächlich wirksam angenommene – Tendenz zum Fall der Profitrate durch gegenläufige Entwicklungen aufgehalten werden kann. Diese Entwicklungen würden dann als Wirkung einer Ursache erklärt – eben des »tendenziellen Falls« –, die sich empirisch nicht beobachten ließe, weil ihrer Entfaltung entgegengewirkt wird. Auch für Polanyi ist die Denkfigur der gegenwirkenden Ursache zentral, wenn er von der »Gegenbewegung« der Gesellschaft gegen die Expansion von Märkten und ihr Übergreifen auf die »fiktiven Waren« des Bodens, der Arbeit und des Kapitals spricht (Polanyi 1957 [1944], Kap. 11).

ich zeigen werde, stehen Aufschub und Streckung der Krise des demokratischen Kapitalismus der Nachkriegsjahre durch *Kaufen von Zeit* in engem Zusammenhang mit jenem epochalen Prozess kapitalistischer Entwicklung, den wir als »Finanzialisierung« bezeichnen (Krippner 2011).

Wählt man den zeitlichen Rahmen umfassend genug, kann man die Entwicklung der gegenwärtigen Krise als evolutionären Prozess auffassen und als dialektischen dazu.¹⁰ Im Rückblick und eingeordnet in eine längere Entwicklungssequenz nämlich erweist sich, was sich auf kurze Sicht immer wieder wie das Ende der Krise ausgenommen haben mag – und damit wie die Widerlegung der jeweils aktuellen Version der Krisentheorie –, als bloßer Wandel der Erscheinungsform der zugrundeliegenden Konflikte und der Integrationsdefizite, die von diesen von Mal zu Mal neu verursacht wurden. Lösungen, oder was man für solche hielt, brauchten nie mehr als ein Jahrzehnt, um sich in Probleme zu verwandeln, oder besser: in das alte Problem in neuer Form. Jeder Sieg über die Krise wurde über kurz oder lang zum Vorspiel einer neuen Krise, durch komplexe und unvorhersehbare Wendungen hindurch, die eine Zeitlang vergessen ließen, dass alle Stabilisierungsmaßnahmen nur provisorisch sein können, solange der Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung – die »Landnahme« durch den Markt (Lutz 1984; Luxemburg 1913) – mit der Logik der sozialen Lebenswelt zusammenstößt.

Zu meinen weniger erfreulichen Erinnerungen an meine Frankfurter Studienzeit gehört, dass Vorlesungen und Seminare sich, jedenfalls für meinen Geschmack, zu sehr mit »Ansätzen« und zu wenig mit dem befassten, was mit deren Hilfe erforscht werden sollte. Die Art von Welthaltigkeit, die man etwa in einem Buch wie C. Wright Mills' *Power Elite* finden konnte (Mills 1956), habe ich als »Frankfurter Schüler« oft vermisst. Bis heute wird mir Soziologie ohne Geschichten, Lokal-

¹⁰ Zur Wiederbelebung des Konzepts des dialektischen Wandels in der modernen Institutionentheorie siehe Greif (2006) sowie Greif und Laitin (2004).

kolorit und Platz für das Exotische und oft Absurde des sozialen und politischen Lebens schnell langweilig. Obwohl ich schon deshalb theoretisch mit leichtem Gepäck reise, ist andererseits offenkundig, dass mein Thema – die Finanz- und Fiskalkrise der reichen kapitalistischen Demokratien – es geradezu zwingend erfordert, bei seiner Bearbeitung an die Tradition der politischen Ökonomie anzuschließen. Makrosoziologische Krisen- und politikwissenschaftliche Demokratietheorie ohne Bezug auf Wirtschaft als politisch-gesellschaftliche Tätigkeit zu betreiben, muss als schlechthin neben der Sache liegend erscheinen, ebenso wie jede Konzeption von Wirtschaft in Politik und Gesellschaft, die deren gegenwärtige kapitalistische Organisationsform außer Acht ließe. Niemand kann nach dem, was seit 2008 geschehen ist, Politik und politische Institutionen verstehen, ohne sie in enge Beziehung zu Märkten und wirtschaftlichen Interessen sowie den aus ihnen erwachsenden Klassenstrukturen und Konflikten zu setzen. Ob und inwieweit das »marxistisch« ist oder »neomarxistisch«, ist eine Frage, die mir ganz und gar uninteressant erscheint und auf die ich mich nicht einlassen will. Zu den Resultaten der historischen Entwicklung gehört ja, dass man derzeit nicht mehr mit Gewissheit sagen kann, wo im Bemühen um Aufklärung der laufenden Ereignisse der Nichtmarxismus endet und wo der Marxismus beginnt. Ohnehin ist die moderne Sozialwissenschaft, vor allem wo sie sich mit ganzen Gesellschaften und ihrer Entwicklung befasst, nie ohne Rekurs auf zentrale Elemente »marxistischer« Theorien ausgekommen – und sei es, dass sie sich im Widerspruch zu diesen definiert hat.¹¹ Ich bin

11 Das gilt selbstverständlich auch und tatsächlich in besonderem Maße für jemanden wie Max Weber, der es allerdings sein Leben lang unterlassen hat – vermutlich wohlweislich –, sich mit Marx offen auseinanderzusetzen oder ihn auch nur zu zitieren. Dementsprechend wurden in Deutschland »marxistische« »Ansätze« ungleich rabiater aus der Mitte der sozialwissenschaftlichen Disziplinen herausgesäubert oder doch schärfer von ihr geschieden als in den kapitalistischen Stammländern, den USA und Großbritannien, wo Begriffe wie »Kapitalismus« oder »Klasse« immer zur Umgangssprache der Sozialwissenschaften gehört

jedenfalls davon überzeugt, dass man die aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften ohne den Gebrauch bestimmter auf Marx zurückgehender Schlüsselbegriffe nicht auch nur annähernd verstehen kann – und dass dies immer mehr der Fall sein wird, je deutlicher die treibende Rolle der sich weiter entfaltenden kapitalistischen Marktwirtschaft in der entstehenden Weltgesellschaft werden wird.

Meine Überlegungen zur Krise des demokratischen Kapitalismus greifen bewusst weit aus; das Bild, das sie zeigen, ist mit breitem Pinsel auf großer Leinwand gemalt. Kontext und Sequenz stehen im Mittelpunkt, Ereignisse eher am Rande; grobe Gemeinsamkeiten verdrängen feine Unterschiede; Zusammenhänge zwischen Fällen und Feldern erhalten mehr Aufmerksamkeit als diese selber; Synthese kommt vor Analyse; und die Grenzen zwischen den Disziplinen werden immer wieder missachtet. Das Argument spannt viele und weite Bögen: von der Streikwelle Ende der 1960er Jahre zur Einführung des Euro, von der Beendigung der Inflation Anfang der 1980er Jahre zu dem rapiden Anstieg der Ungleichheit der Einkommen am Ende des Jahrhunderts, von der Politik des *containment* zur Zeit des Eurokommunismus zu den gegenwärtigen fiskalischen Krisen der Mittelmeerländer und anderem mehr. Nicht alles wird vermutlich spezialisierter Nachforschung standhalten können; das ist mein Risiko und das jeder synoptischen Betrachtung laufender Ereignisse. Aber natürlich bin ich zuversichtlich, dass das meiste am Ende doch Bestand haben wird.

Der Aufbau des Buches folgt, was die Hauptteile angeht, dem der drei Vorlesungen. Daraus ergeben sich gewisse Überlappungen und manchmal überraschende Reihenfolgen, die

haben. Man lese nur in den damals populären Hauptwerken der amerikanischen »Modernisierungstheorie« der 1950er und 1960er Jahre nach – etwa bei Rostow (1990 [1960]) oder Kerr et al. (1960) –, um zu sehen, wie selbstverständlich im akademisch-politischen Establishment der führenden kapitalistischen Weltmacht damals der Rückgriff auf wie immer verstandene oder missverstandene Kernbegriffe der Marxschen politischen Ökonomie war.

in einem systematischer aufgebauten Buchtext nicht vorgekommen wären. Vielleicht wäre ein solcher aber auch weniger lesbar geworden. Die Fakten und Daten, die ich als Belege und zur Illustration verwende, sind alle mehr oder weniger bekannt, wenigstens in der Spezialliteratur; mein Beitrag, wenn es diesen gibt, liegt in ihrer Einordnung in einen größeren, historisch-theoretischen Zusammenhang. Jede der drei Vorlesungen habe ich über das hinaus, was man in einer Stunde Lesezeit vortragen kann, ergänzt und erweitert, mit dem Ziel der Verdeutlichung und Konkretisierung. Dabei habe ich mich, um den Textfluss nicht zu sehr zu unterbrechen, immer wieder des Stilmittels der Fußnote bedient – oft, um aus den bemerkenswert rücksichtslos recherchierten Berichten der *New York Times* zu zitieren oder besonders groteske Sachverhalte mitzuteilen, die einen zweifeln lassen, ob man über das, was mittlerweile als normal erscheint, lachen oder weinen soll. Manchmal verwende ich Fußnoten auch, um gewagteren, aber möglicherweise gerade deshalb weiterführenden Spekulationen keinen ganz so offiziellen Platz einräumen zu müssen.

Gekaufte Zeit ist, wie gesagt, in drei Kapitel gegliedert. Der erste beginnt mit einer kurzen, mittlerweile bald zum Gemeinplatz gewordenen Darstellung des Zusammenhangs zwischen Finanz-, Fiskal- und Wachstumskrise, wie er die Politik vor immer neue Rätsel stellt und sich bislang jedem Krisenmanagement erfolgreich entzogen hat. Anschließend gehe ich auf die Theorien der 1970er Jahre über eine sich abzeichnende »Legitimationskrise« des »Spätkapitalismus« ein und versuche zu verstehen, warum diese allem Anschein nach nur unzulänglich auf jene gesellschaftlichen Entwicklungen vorbereitet waren, die in den kommenden Jahrzehnten ihre Intuitionen zu widerlegen schienen. Zu diesen Entwicklungen gehörte vor allem die langgezogene Wende vom Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit zum Neoliberalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts. Des Weiteren zeichne ich nach, wie sich die in den 1970er Jahren diagnostizierte Krise tatsächlich entfaltet

und über die Zeit immer wieder neue Formen angenommen hat, bis sie 2008 ihre heutige Gestalt erhielt.

Das zweite Kapitel des Buches befasst sich speziell mit der Krise der Staatsfinanzen und ihren Ursachen und Folgen. Es beginnt mit einer Kritik geläufig gewordener »institutionen-ökonomischer« Theorien, die den Anstieg der Staatsschulden seit den 1970er Jahren auf ein Übermaß an Demokratie zurückführen, und argumentiert, dass die zunehmende Staatsverschuldung tatsächlich im Zusammenhang und als Moment der neoliberalen Transformation oder »Involution« (Agnoli 1967) des nach 1945 entstandenen demokratischen Kapitalismus zu sehen ist. Diese Entwicklung, so meine These, hat jene »Krise des Steuerstaates« aktualisiert, von der schon in der Zeit um den Ersten Weltkrieg an theoretisch zentraler Stelle die Rede war (Schumpeter 1953 [1918]). Daran anschließend untersuche ich den Schuldenstaat als reale institutionelle Formation, die spätestens in den 1980er Jahren den klassischen Steuerstaat abgelöst hat. Dabei geht es mir unter anderem um das Verhältnis zwischen dem Schuldenstaat und der Verteilung sozialer Lebenschancen oder zwischen Schuldenstaat und Klassenstruktur sowie um die im Schuldenstaat sich entwickelnden Konflikte und Machtverhältnisse zwischen Staatsbürgern und »Märkten«. Ich schließe mit einer Diskussion der systematisch zentralen *internationalen Dimension* des Schuldenstaates und der Rolle der internationalen Finanzdiplomatie bei seiner Regierung.

Im dritten Kapitel schließlich wende ich mich derjenigen politischen Organisationsform zu, die dabei ist, den Schuldenstaat abzulösen, und die ich als »Konsolidierungsstaat« bezeichne. Dessen Herausbildung in Europa ist aufgrund kontingenter Umstände untrennbar mit dem Fortschritt der europäischen Integration verkoppelt, die schon länger als Liberalisierungsmaschine der europäischen Volkswirtschaften funktioniert. Meine Analyse beschreibt den Konsolidierungsstaat als europäisches Mehrebenenregime und den Prozess der fiskalischen Konsolidierung als den eines grundlegenden und

in der Tat grundstürzenden Umbaus des europäischen Staatensystems. Das Kapitel endet mit Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen politischer Opposition gegen diesen Umbau.

Danach, im Schlussteil, fasse ich meine zentralen Thesen zusammen und diskutiere, eingehend auch auf die öffentlichen Diskussionen im Sommer und Herbst 2012, am Beispiel der Europäischen Währungsunion und der Zukunft des Euro die Möglichkeit einer Antwort auf die Krise, die den kapitalistischen Expansionsprozess – gemeinhin verkürzt als »Globalisierung« bezeichnet – vielleicht abbremsen und dadurch die Option auf eine demokratische Kontrolle der »Märkte« offenhalten könnte.